

Einheitspreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Refazanta 18.

Telephone:
Tagesredaktion:
28795, 31460.
Nachredaktion: 28707.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Dreisachsfach.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Freitag, 1. April 1927.

Nr. 77.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Wähler — ist dies Euer Wille?

Die deutschen Koalitionsparteien haben dem Volke eine neue Gut- und Blutssteuer auferlegt und sie rühmen sich dessen noch! Der Entzug des Soldatenwahlrechtes macht die Soldaten zu mindertwertigen, politisch rechtslosen Staatsbürgern; das Zertifikatengesetz wird im Laufe der Zeit vielen weiteren tausenden deutschen Angestellten ihre Existenz rauben und sie zum Hungern oder zur Auswanderung zwingen; durch das Gesetz über die Einführung der Ersatzreserve wird der Armeeleitung die unbegrenzte und unkontrollierbare Vollmacht auf Bildung einer neuen Armee erteilt — aber die Deutschbürgerlichen, welche, um das Fiasko ihrer Politik zu verhüllen, alles dies möglich machen, haben noch die Stirne, von Erfolgen zu reden, und, wie dies ihr Sprecher im Abgeordnetenhaus getan hat, zu behaupten, daß sie nur dem Willen der Mehrheit der Wähler folgen, und daß sie von dem Grundsatz, den Anforderungen des Staates im Sinne seiner Wehrhaftmachung gerecht zu werden, eigentlich niemals abgewichen sind!

Zufällig schlagen wir in dem Jahrgang 1922 unseres Blattes eine Seite auf, die einen Artikel enthält, der sich dem damals und auch später von den Deutschbürgerlichen ausdrücklich zur Schau getragenen Antimilitarismus beschäftigt. Das war die Zeit, als die bürgerlichen Blätter aus Feitschäften des Militarismus sich urplötzlich in Pazifisten gewandelt hatten. „Sollte“, so schrieben wir, „die deutschbürgerliche Presse, die Mitschuldige am Weltkrieg, wirklich jeither Einsicht gehalten haben, da sie heute von Frieden und Abrüstung flötet und die Schändlichkeit des Militarismus aufzeigt? . . . Es geht ihnen nur um den Nimbus der Kriegsegegnerlichkeit, wenn sie jetzt die friedfertigen Lämmer spielen. Das Verbrechen des vierjährigen Mordens, bei dem sie die Mauer machten, soll vergessen gemacht, die vergeschlichen Massen der deutschen Bevölkerung, welche sich nach dem Zusammenbrüche von den Mißgeschicklichen an ihrem Unglück abwandte, wieder ihrer Gefolgschaft zugeführt werden. Das ist das Geheimnis des seit dem Kriege erwachten Antimilitarismus der Deutschbürgerlichen.“

Aber muß man fünf Jahre zurückgreifen, um den Nachweis zu führen, daß die drei deutschen Parteien, die gegenwärtig im Bauchruhlischen vor dem Militarismus weiterfeiern, der deutschen Bevölkerung früher ein anderes Gesicht gezeigt haben? Herr Zierhut behauptet fälschlich, daß die deutschen Regierungsparteien durch ihre Teilnahme an der Regierung — also auch durch ihre Zustimmung zu den Rüstungs- und Militärvorlagen — der Ansicht der Mehrheit des Subdeutschen Ausschusses Ausdruck gegeben haben. Hat die Mehrheit des Subdeutschen Ausschusses wirklich dies alles gewollt, was die Parteien der Spinas, Mayr-Hartings und Stenzels in der Regierung treiben? Haben sie den Wählern gesagt, daß die Abgabe der Stimmzettel für diese Parteien gleichbedeutend damit ist, dem Militarismus neue Opfer zu bringen und an der Einübung des herrschenden deutschfeindlichen Gewaltsystems teilzunehmen? Knapp vor einem Jahre, am 16. März 1926, hielt Dr. Mayr-Harting eine Rede, die eine einzige Anklage gegen das hier herrschende und dem Geiste Locarnos widersprechende System, in der er sagte: „Es gibt etwas, das uns wichtiger und wertvoller sein muß, als der Staat, das ist die Nation.“ So sprachen sie noch vor einem Jahre, wie hätten da ihre Wähler ahnen können, in welche Niederungen der Charakterlosigkeit ihre Politik, als Aktivismus verkleidet, herabsteigen würde! Und wie sprachen sie erst vor dem November 1925, da sie nach Wählerstimmen angetan! In dem heute noch geltenden Parteiprogramm des Bundes der Landwirte lautet das Kapitel „Militärverfassung“: „Die Militärverfassung ist nach Schweizer Muster einzuführen und zu diesem Zwecke die Auffassung des stehen-

In Schimpf und Schande verkommen!

Geharnischte Erklärung unseres Abgeordnetenklubs gegen die plumphen Ausreden der deutschen Regierungsparteien. — Mißtrauensantrag unserer Fraktion gegen die Regierung.

Prag, 31. März. Nach langem Stillschweigen hatten die deutschen Regierungsparteien gestern doch den Versuch unternommen, in einer weitgeschweifigen, nichtfolgenden Erklärung des Herrn Zierhut, die von der maßgebenden bürgerlichen Presse natürlich prompt wie ein Evangelium im Wortlaut veröffentlicht wurde, sich vor dem ganzen tschechen Volk, das zu vertreten sie immer vorgeben, von der ungeheueren Schuld reinzuwaschen, die sie mit der Bewilligung der Militärvorlagen auf sich luden.

Dah ihnen diese Absicht nicht gelang, dafür sorgte schon in der heutigen Sitzung Genosse Seeger, der im Namen unseres Klubs eine scharfe Erklärung abgab, die die Argumente des Herrn Zierhut in mitleidloser Weise zerpflichtete und von den ganzen tschechisch zusammengetragenen Aussprüchen der Regierungsparteien nicht viel übrig ließ. Wir lassen diese Erklärung im Wortlaut folgen:

Die Behauptungen der deutschen Regierungsparteien, daß die Beibehaltung der 18monatigen Dienstzeit nur für kurze Zeit bestimmt ist, ist falsch. Weder enthält das Gesetz eine Bestimmung darüber, noch sind im Motivberichte oder auch nur in den Erklärungen des Landesverteidigungsministers oder des Berichterstatters feste Zusagen in dieser Richtung enthalten. Das Einzige, was der Herr Minister ausgesprochen hat, ist die Hoffnung, daß es möglich sein wird, nach Schaffung eines Kadres von mindestens 8000 längerdienenden Unteroffizieren an die Verfürgung der Dienstzeit zu schreiben. Nach den wiederholten Erfahrungen, die wir mit Versprechungen der tschechoslowakischen Regierung gemacht haben, müssen wir uns auch nach Ablauf der zwei Jahre auf eine Verlängerung der Dienstzeit gefaßt machen.

Wir stellen ferner fest, daß die Behauptung, als ob es sich bei der Befestigung des Soldatenwahlrechtes nur um Verhinderung des nationalistischen Mißbrauches bei den Gemeindevahlen handele, absolut unrichtig ist, weil, wenn dies richtig wäre, die deutschen Regierungsparteien unter gar keinen Umständen der verfassungswidrigen Aufhebung des Soldatenwahlrechtes für die Nationalversammlung hätten zustimmen dürfen. Aber auch der Mißbrauch der Wahlbataillone hätte durch Wiederherstellung der ursprünglichen Gemeindevahlordnung bekämpft werden können und es wäre dazu der Haub des wichtigsten politischen Rechtes nicht nötig gewesen.

Es ist weiters falsch, daß die Schaffung der Ersatzreserve eine Erleichterung der Wehrpflicht für alle wirtschaftlich schwachen Schichten beinhaltet; sie ist vielmehr ein Klassenprivi-

legium und darüber hinaus eine offensichtliche Vermehrung des festgelegten Heereskontingents und somit eine Stärkung des Militarismus, die durch die Bevollmächtigung der Regierung zu außerordentlichen Mobilisierungen noch besonders gefährlich wird.

Es ist endlich falsch, daß die vorläufige Zurückziehung der Vorlage über die militärische Erziehung der Jugend ein Erfolg des deutschen Aktivismus ist. Vielmehr hat der Minister wörtlich erklärt, daß die Vorlage untechnischen und finanziellen Schwierigkeiten, namentlich wegen der Undurchführbarkeit in der Slowakei, gescheitert sei. Gegenüber der Erklärung der deutschen Parteien, daß die militärische Jugendbildung damit gefallen sei, stellen wir fest, daß sie von Anfang an nur im Zusammenhang mit der Einführung der 18monatigen Dienstzeit geplant war und daß diese Idee nach den präzisen Erklärungen des Heeresministers nicht endgültig aufgegeben wurde.

Schließlich stellen wir fest, daß sich die Erklärung der Regierungsparteien über das Zertifikatengesetz vollkommen ausschweigt,

womit ein ganz anderes Bild, daß es sich hierbei um eine Tschechisierungsmahnahme handelt, was bei der nationalen Zusammenfassung des Unteroffizierskorps übrigens klar auf der Hand liegt.

Wenn die deutschen Regierungsparteien anlässlich der Bewilligung von sechs Militärvorlagen erklären, daß sie bereit sind, dem State das zu geben, was er zu seiner ruhigen und friedlichen

Fortentwicklung bedarf, so steht das nicht nur in schreiendem Widerspruch zu den Tatsachen, sondern bedeutet

direkt eine Verhöhnung der Bevölkerung!

Die deutschen Regierungsparteien haben in rascher Aufeinanderfolge einen 3 Milliardenfonds für Rüstungszwecke bewilligt, der Aufrechterhaltung der 18monatigen Dienstzeit, der Schaffung eines Kadres von längerdienenden Unteroffizieren, einer Ersatzreserve und der Verschlechterung des militärischen Disziplinarrrechtes zugestimmt.

Sie haben damit der Bevölkerung neue furchtbare Lasten aufgewälzt, die Rüstungen in gefährlicher Weise vermehrt und den Heeresstand vergrößert.

Nach den außerparlamentarischen Erklärungen des Herrn Abgeordneten Spáček, daß die Tschechoslowakei selbstverständlich nicht gegen Portugal oder Griechenland Krieg führen wird, und nach seiner gestrigen langatmigen und gewundenen, aber nichtsahnenden Erklärung, die ganz deutlich auf

Deutschland als den möglichen Feind

hinweist, steht auch die Tendenz dieser Rüstungen, welche die deutschen Regierungsparteien schaffen helfen, unstrittig fest.

Wir belassen die deutschen Regierungsparteien mit der vollen Verantwortung für diese den Frieden und die Lebensinteressen der arbeitenden Volksschichten schwer bedrohende Politik und stellen ihre Behauptung, daß sie die geschichtliche nationale Auseinandersetzung zwischen den Völkern in diesem Lande in vernünftiger Bahnen lenken und so zur Befriedigung des Landes beitragen wollen, als Unwahrheit fest.

Wir sagen dem reaktionären, imperialistischen und nationalistischen System und den Parteien, welche es stützen, den unerbitterlichsten Kampf an!

front, um unserem Drei-Mil-lionen-Volke die gebührende Stellung zu erkämpfen.“ Kein mit noch so blühender Phantasie ausgestatteter Mensch hätte nach solchen kriegerischen Wahaufrufen — die deutschen Gewerbetreibler bliesen dieselben Fanfaren — sich von der Ansdieseligkeit und Veräureri eine Vorstellung machen können, die heute aktivistische Politik genannt wird. Die Frage der Aktivitäten an die Wähler war: Sollen wir das brutale Gewalt-system bekämpfen? Nicht aber: Sollen wir vor der Gewalt zu Kreuze kriechen und zu ihren Konditionen werden? Es ist plumper Schwandel, wenn sich die Regierungsdeutschen für ihre vom Standpunkte des deutschen Volkes mörderischen Handlungen auf das Wort der Wähler berufen.

Kein, was die deutschen Koalitionsparteien als aktivistische Politik bezeichnen, es ist ihr Eigengewächs, nicht auf dem Willen der Wähler erwachsen! Mit Ausnahme der Angehörigen der Oberbüchsen hat kein Mann und keine Frau die landesherrlichen, aristokratischen oder gewerbetreiblerisch wählte, damit den Wunsch nach gesteigerter Lebensmittellieferung durch Einführung von Agrarzöllen, das Verlangen nach Drosselung der Selbstverwaltung, nach Schaffung eines Drei-Mil-lionen-Rüstungs-fonds, nach Verlängerung der militärischen Dienstpflicht und nach Schwächung des Rechtes der deutschen Bevölkerung auf den Arbeitsplatz ausgeübt! Der volksfeindlichen Taten sind heute schon genug gescheit, um den Wählern klar zu machen, daß sie in schmachlicher Weise hintergangen wurden, und daß sie zu ihrem schweren Schaden auf die deutschbürgerlichen Leim-pindeln gesetzt haben!

den Heeres schnelligst durchzuführen. Die Abrüstung ist dringend geboten, damit die staatliche Finanzwirtschaft nicht mehr überlastet und damit der Volkswirtschaft nicht mehr unnütze Arbeitskräfte entzogen werden.“ Nach militärfeindlicher gebärdete sich die Deutsche christlich-soziale Volkspartei, die gleichfalls noch heute in ihrem Parteiprogramm stehen hat: „Die Partei weist den Militarismus in jeder Gestalt zurück. Die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erforderliche Wehrmacht soll nach dem Milizsystem ausgebaut werden.“ Haben die Redner dieser Parteien den Wählern jemals gesagt, daß bürgerliche Parteiprogramme nur zur Täuschung und dazu da sind, um in der Praxis gegen sie zu handeln? Wie können also die deutschen Regierungsparteien behaupten, die Wähler hätten das Einverständnis zu ihren Verhöhnungen gegen die eigenen Parteigrundzüge gegeben?

Nicht nur jedoch die Parteiprogramme, auch die Wahlausrufe dieser Parteien anlässlich der letzten Parlamentswahlen beweisen das Gegenteil der Behauptung, die Mehrheit des Subdeutschen Ausschusses hätte den Deutschbürgerlichen freie Hand gegeben, den aller Gemeinungen ledigen Rüstungsgeißer der tschechischen Reichthaber zu unterstützen. So las man nichts von jenen Rücksichten, die auf die Wünsche des tschechischen Militarismus und Imperialismus genommen werden müßten, um sein quäntliches Wohlwollen zu errinnen, da war jedes Wort auf Kampf, schonungslossten Kampf gestimmt, jeder Satz eine weithin schallende Drommete, in ihrer Wucht geeignet, die Mauern von Verhöhnungen zu blasen. Der Wahlausruf des Bun-

des der Landwirte schmetterte kriegerisch die Kunde ins Land hinaus, das deutsche Land-volk sei eine unerschütterliche Kraft, die auf dem Boden der geschlossenen Einheit immer stärker heranwächst, eine Walaug ist und sein wird, „an der schließlich die unersättliche Gier des heutigen Machtstems im State, das alles Deutsche ausrotten will, zerfallen muß! Waren das etwa jene heißen Motenone und Liebeschmeicheleien, die man heute von den Regierungsdeutschen zu hören bekommt? Und war vielleicht dies die Form der Frage an die Wähler, ob sie damit einverstanden sind, sich mit den gegebenen Verhältnissen fatalistisch abzufinden, alles zu tun, was die an der Herrschaft im State befindliche tschechische Bourgeoisie fordert und sich darauf zu beschränken, materielle Vorteile für die Besitzenden aller Nationen herauszuschlagen, an denen dann auch die eigene nationale Bourgeoisie partizipieren darf? Wie scharf ging erst der Wahlausruf der Deutschen christlich-sozialen Volkspartei ins Land, in dem es hieß: „Man brandisch die christlich arbeitenden Stände durch unerträgliche Abgaben, vergebend die Steuer-gelder für wahninnige Militärlasten und für Finzen reichthümlicher Staatschulden, man knebelt die Freiheit des Wortes in Presse und Versammlung und entrechtet unsere Selbstverwaltungskörper! . . . Wir wollen für unser deutsches Volk deutsche Beamte haben, wollen Grund und Boden und Arbeits-platz auf unsere Kinder und Kindes-kinder ungeschmälert vererben. . . . Darum müssen wir uns zusammen-schließen zur deutschen Einheits-

Unser Misstrauensantrag.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hat in seiner heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, gegen die Regierung wegen der Vorlage über das Soldatenwahlrecht einen Misstrauensantrag einzubringen. Das Klubpräsidium wurde beauftragt, bei allen oppositionellen Klubs wegen Mitfertigung des Antrages die entsprechenden Schritte zu unternehmen.

Auch die Ersatzreserve angenommen!

Eindrucksvolle Rede des Genossen Heeger.

Das Haus erledigte gestern nachmittag in ziemlicher Eile auch noch das Gesetz über die Ersatzreserve, wobei auf Seite der deutschen Regierungsparteien auch die Herren Mayer und Panrel, die sich bisher von solchen Abstimmungen ferngehalten hatten, wieder ihre Stimme für den tschechoslowakischen Militarismus abgaben. Vorher sollen nicht ganz harmlose Aussprachen mit ihren Klubkollegen erfolgt sein, bis die Dreimann-Opposition endlich kapituliert und zum äußeren Zeichen der inneren Wandlung heute gleich fleißig mitstimmte. Der gestern so oppositionelle Ungar Koczor stimmte — wahrscheinlich auf Grund einer vorübergehenden Probenabstimmung an den Knöpfen — heute wieder wader mit der Wehrheit!

Wie konsolidiert dieser vereinigte Klub der Agrarier, Gewerdeparteiler und Ungarischnationalen sein muß, geht auch aus einem Bericht des Immunitätsausschusses hervor, der über das Anklagebegehren des Prager Bezirksgerichtes gegen den Landbändler Mayer referiert. Mayer ist Herr Josef Janausch, Zentralsekretär des Bundes der Landwirte! Zwei hervorragende Parteifunktionäre der Landbändler können ihre schmutzige Wäsche also nicht mehr im Rahmen eines Parteischiedsgerichtes austragen, sondern müssen das Gericht anrufen!

Wenn die sonst ruhig verlaufene Sitzung zum Schluß etwas lauter wurde, so trug die Schuld daran einzig das provokative Benehmen des Referenten Panrel den Oppositionsparteien gegenüber. Seine geistlichen Reueinisse, die er mit viel Temperament in die Wagschale warf, haben stark darnach aus, als ob sie aus dem vielgenannten militärischen „Handbuch für Erziehungsarbeit“, aus dem wir bereits einige Kopfsproben veröffentlichten, geschöpft wären. Wenn sich Herr Panrel ähnliche Blamagen wie heute bei dem Zusammenstoß mit Genossen Dr. Gsch ersparen will, dann möge er doch die österreichische Parlamentsgeschichte aus einem ausführlichen Werk studieren!

Als Referent über die Ersatzreserve hielt der Gewerdeparteiler Bekarek eine lange Rede, in der er die angeblichen Erleichterungen für die sozial schwächeren Schichten nach Kräften hervorhob. Dann wurde die Debatte eröffnet.

Genosse Heeger

gab zunächst als Antwort auf die gestrige offizielle Rede Zierhut's eine Erklärung unseres Abgeordnetenklubs ab, die wir an anderer Stelle veröffentlichten, und fuhr dann fort:

Während der Herr Außenminister auf allen internationalen Tagungen von der Abrüstung und unserem friedenswilligen Sprüche und während der neue tschechoslowakische Gesandte in Berlin dem Reichspräsidenten versichert, daß er alles zu tun gedenke, um die so glücklich bestehenden Beziehungen weiter zu erhalten und zu festigen,

just in derselben Zeit werden im tschechoslowakischen Parlament unter Misshandlung der Verfassung mit den Stimmen der deutschen Regierungsparteien nicht weniger als sechs Militär-

vorlagen beschlossen, die den Militarismus fördern und den Rüstungsbedarf fördern.

Nach den Worten des Berichterstatters Spädel ist das benachbarte Deutschland der einzige Feind, der neben Ungarn für den tschechoslowakischen Staat in Betracht kommt; diese Auffassung wurde durch ein anderes Mitglied der Regierungsparteien, den Herrn Kollegen Jekel, noch bekräftigt.

Alle diese Neuerungen sind an den deutschen Regierungsparteien wirkungslos abgeprallt, obgleich sie den Gedankenängsten anderer maßgebender Persönlichkeiten in diesem Staate entsprechen. Sie machen ihre Zustimmung zu den Militärvorlagen nicht etwa davon abhängig, daß von maßgebender Stelle ein kategorisches Vermerk dieser Auffassungen erfolge, sondern begnügen sich stattdessen mit leibschäftlichen Protesten mit einer leuchtenden Erklärung und stellen sich mit einer nicht-jugendlichen Erklärung des Berichterstatters zufrieden, der

kein Wort der Entschuldigung

vorbrachte und sich noch beschwerte, daß man ihm Unrecht getan habe.

Diesen Fuztritt haben die deutschen Regierungsparteien zufrieden eingestakt!

Genosse Heeger beschäftigt sich nun ausführlich mit dem Jiffenmaterial, das Jekel und gestern auch Herr Stibreny benutzten, um aufzuzeigen, was für ein gefährlicher Feind Deutschland sei. Um nicht in den Verdacht zu kommen, daß wir als deutsche Sozialdemokraten für irgend einen Militarismus auch nur ein beschönigendes Wort finden, muß festgestellt werden, daß wir grundsätzlich Gegner des Militarismus überhaupt sind. Aber gerade die Tatsache, daß die Sozialdemokraten im Deutschen Reich den Herrsetzer abgelehnt haben, gibt uns das moralische Recht,

das Jiffenmaterial der Herren Jekel und Stibreny etwas zu überprüfen.

Kollege Jekel hat von den verschiedensten Militärausgaben Deutschlands erzählt, die in den einzelnen Kapiteln des Voranschlages versteckt sind, und hat Beträge, die für ganz andere Zwecke bestimmt sind, in militärische Ausgaben umgedichtet, um nur den Nachweis für versteckte Rüstungen in Deutschland erbringen zu können. Ihm ist dabei nur ein ganz kleiner Fehler unterlaufen: er hat nämlich das Deutsche Reich mit dem tschechoslowakischen Staat verwechselt!

Genosse Heeger weist nun an Hand des letzten Voranschlages nach, daß in unserer Budget unter den Kapiteln der einzelnen Ministerien ganz beträchtliche Ausgaben für den Militarismus versteckt sind, die insgesamt 185,5 Millionen betragen, neben den offiziellen 1370 Millionen des Landesverteidigungsministeriums und den 315 Millionen für den unkontrollierbaren Rüstungsfond. Weiter weist Genosse Heeger nach, daß die Zahl der Offiziere in allen Chargen bei uns bedeutend größer ist als in Deutschland. Wenn der Aufwand für das deutsche Heer über vier Milliarden tschechoslowakische Kronen beträgt, so darf man nicht vergessen, daß Deutschland auf Grund der Friedensverträge ein kostspieliges Soldatenheer unterhalten muß.

Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, betragen aber die Militärausgaben in Deutschland nicht einmal ein Siebentel der Belastung, die unserer Bevölkerung für den Militarismus zugemutet wird!

Der vorliegende Gesetzentwurf über die Ersatzreserve bedeutet eine völlige Umstellung der gesamten Heeresorganisation,

wobei im Text statt „allgemeiner gleicher Militäropflichten“ wie im Wehrgesetz nur mehr von „allgemeinen Pflichten“ die Rede ist. Diese Streichung war notwendig,

weil das Gesetz für bestimmte Stände, vor allem für die Agrarier, Privilegien schafft,

so daß von gleichen Pflichten nicht mehr gesprochen werden kann. Wir sind keine Feinde von Wehrpflichtverleicherungen unter Berücksichtigung sozialer Gründe allen Wehrpflichtigen in gleichem Maße zukommen können oder ob sie ein ausgesprochenes Privileg einer bestimmten Klasse sind. Eine solche Bevorzugung hebt die verfassungsmäßig verbürgte Gleichheit aller Staatsbürger auf! Das ist aber nicht die einzige Verfassungsverletzung.

Die Regierung hat im § 10 eine Bestimmung eingeschmuggelt, die sie berechtigt, die Reservisten zu außerordentlichen Leistungen einzuberufen, wenn es „die Wehrhaftigkeit des Staates erfordert“; das heißt, daß die Regierung über den Kopf des Präsidenten und über das Parlament hinweg eine versteckte Mobilisierung anordnen kann. Wir haben deshalb die Ueberprüfung dieses Gesetzes durch den Verfassungsausschuß beantragt, sind damit aber nicht durchgedrungen.

Nach der Vorlage soll das Jahreskontingent 70.000 Mann betragen, während nach dem alten Gesetz ein Jahresdurchschnitt von 120.000 Mann festgesetzt wurde.

Diese Reduzierung ist aber nur scheinbar, es handelt sich im Gegenstand zu der Ansicht des Berichterstatters um eine beträchtliche Erhöhung, denn der neue Jahresdurchschnitt beträgt bei der 18monatigen Dienstzeit 105.000 Mann, zu denen noch etwa 15.000 längerdienende Unteroffiziere kommen, so daß sich der alte Jahresdurchschnitt von 120.000 Mann ergibt!

Dazu kommt aber jetzt eine Erhöhung durch die zu schaffende Ersatzreserve. Wie hoch die Zahl dieser Ersatzreservisten sein soll, ist nirgends festgelegt!

Im Gesetz heißt es bloß:

„Die Wehrpflichtigen, welche über das im vorhergehenden Paragraphen angeführte Kontingent affektiert werden, werden in die Ersatzreserve eingereicht.“

Wohl hat der Herr Minister im Wehrschuß erklärt, die voraussichtliche Zahl der Ersatzreserve dürfe die Ziffer von 8000 Mann nicht übersteigen, doch ist dies nirgends irgendwie festgelegt!

Interessant sind weiters die Bestimmungen über die Auswahl jener Personen, die in die Ersatzreserve eingereiht werden sollen. Wir haben verlangt, daß soziale, wirtschaftliche und soziale Gründe bei der Einreihung in die Ersatzreserve der Begünstigung aus dem Titel erwerbter Landwirtschaften vorzuziehen werden sollen. Von den landwirtschaftlichen Pächtern ist im Gesetz überhaupt keine Rede, auf die hat man vollständig vergessen! Große Bedeutung verdienen auch die gemischten Kommissionen, welche über die Einreihung in die Ersatzreserve entscheiden. Sie müßten aus Leuten bestehen, die wirklich das Vertrauen der gesamten Bevölkerung genießen; statt dessen wird ihre Zusammensetzung einer Regierungsverordnung überlassen und man kann sich vorstellen, wie diese Kommissionen aussehen werden.

Eine weitere ungeheuerliche Bestimmung beinhaltet der § 5, der festlegt, daß sich der arbeitsfähige Vater oder Großvater, der um die Einreihung seines Sohnes in die Ersatzreserve ansucht, persönlich einer Untersuchung vor der Kommission zu unterziehen hat.

Diese alten und gebrechlichen Menschen müssen also wie die Rekruten vor der Affektierungskommission erscheinen!

Wir haben beantragt, diese Untersuchung durch ein ärztliches Zeugnis zu ersetzen, doch bleibt es bei der persönlichen Untersuchung durch die Affektierungskommission.

Ganz anders behandelt man aber die Agrarier!

Bei ihnen genügt es, daß sie Besitzer einer ererbten oder durch ein Rechtsgeschäft von Verwandten erworbenen Landwirtschaft sind, ja es genügt, daß bloß Teile einer Wirtschaft in ihren Besitz

übergegangen sind (Genosse de Witte: Das ist die höchste Schwandelei. Das ist ein Loskaufen!) Das ist so wie in Spanien, wo man für das Loskaufen ein Lösegeld zahlt. Ein Großgrundbesitzer z. B., der seine Söhne von der 18monatigen Dienstpflicht befreien will, braucht nur diesen Söhnen bestimmte Teile seiner Landwirtschaft zuschreiben zu lassen, um sie in die Ersatzreserve zu bekommen.

Das ist ein geradezu empörendes und aufreizendes Privileg für die Großbauern. Der kleine Landwirt kann seine Wirtschaft nicht stellen; er ist betrogen. Die Bauernpolitik hat sich wieder einmal gegen den kleinen Bauer gerichtet!

Wenn der Besitzer der Landwirtschaft einen Nebenberuf ausübt, ist er von den Wehrbegünstigungen ausgeschlossen. Das richtet sich ebenfalls gegen die Zehntausende von Kleinlandwirten und Häuslern, die von den Erträgen ihrer Landwirtschaft nicht leben können und daher noch einen Nebenberuf ausüben müssen. All diese armen Teufel sollen um die Wehrbegünstigung betrogen werden, damit die Wehrpflichtverleicherungen ausgiebiger den Söhnen der Großbauern zukommen können! (Applaus.)

Offenkundiger kann man wohl den Schwandel mit der Vertretung der Kleinbauerninteressen nicht mehr klarlegen!

Nach Kapitel 2 trägt die Kosten der Stellung nunmehr der Stellungspflichtige selbst. Diese verteilen durch die Affektierung ihren Arbeitsplatz und ihre Existenz, sie müssen 18 Monate dienen und obendrein müssen sie auch noch die Kosten der Stellung aus eigenem tragen.

Weiters enthält das neue Gesetz eine Bestimmung, daß nicht nur jene, die auf Staatskosten ausgebildet werden, zu einer längeren Dienstzeit verpflichtet sind, sondern auch alle jene, die in Militärschulen, für das Flugwesen etc. besonders ausgebildet werden. Auch für die technische Truppen kann eine längere als 18monatige Dienstzeit festgelegt werden.

Das bedeutet, daß derselbe Verteidigungsminister, der versichert, daß die 18monatige Dienstzeit nur für zwei Jahre gelten werde, nach Outbitten für ganze Truppenteile eine noch längere Dienstzeit festsetzen kann.

Früher war der Soldat zum Nachdienen nur verpflichtet, wenn er durch Haft oder Strafe mehr als 30 Tage verjährt hatte. Nach dem neuen Gesetz spielt die Länge der verjährteten Zeit keine Rolle. Ja sogar jene, die einen Krankschein oder Gesundheitsurlaub benötigen, müssen nachdienen!

Auch für die Gemeinden bringt die Vorlage eine Verschlechterung mit sich, da je alle Kosten, die mit der Durchführung des Gesetzes zusammenhängen, aus eigenem zu tragen haben. Das in einer Zeit, wo man den Gemeinden ihre Einnahmsquellen entzieht und sie zwingt, die Unlagen herabzusetzen, in einer Zeit, wo die Gemeinden durch die famose Staatspolitik dem Bankrott entgegengehen!

So nebenbei wird noch die Stempelfreiheit, die bisher durch den § 66 des alten Wehrgesetzes für alle Ansuchen in militärischen Angelegenheiten festgelegt war, beseitigt und die armen Teufel, die um Urlaub oder Ausschub der Waffenübung einklagen, werden wohl auch noch die Gebühr von Amtshandlungen entrichten müssen.

Das Gesetz, das nach der Erklärung der deutschen Regierungsparteien „soziale Erleichterungen für die wirtschaftlich Schwachen“ bringt, erweist sich bei genauer Ueberprüfung als das Gegenteil; namentlich die Begünstigungen für die Agrarier müssen zum schärfsten Widerspruch herausfordern. Es ist selbstverständlich, daß wir auch dieses Gesetz ablehnen! (Lebhafte Beifall.)

In der weiteren Debatte sprach der tschechische Sozialdemokrat Gersl, der gegen die gestrigen

Die grinsende Frage.

Roman von Victor Hugo.

18 Aus dem Französischen überfetzt von Eva Schumann.

Draußen verbreitete der Schnee mehr Licht als drinnen der Ofen; da war alles dunkel und undeutlich. Aber der Widerschein des Feuers an der Decke beleuchtete eine Inschrift in großen Buchstaben: Urfus, Philosoph.

Das Kind hatte wirklich bei Homo und Urfus keinen Einzug gehalten. Wir haben sorben den einen kurren, den anderen sprechen gehört.

Von der Schwelle her bemerkte das Kind neben dem Ofen einen großen, mageren, alten Mann; er war grau gekleidet, und sein kahler Schädel stieß an die Decke; er hätte sich nicht auf die Fehenschichten stellen können — die Hütte war knapp bemessen.

„Komm herein,“ sagte der Mann; es war Urfus.

Das Kind trat ein.

„Sag dem Jadedi da hin.“

Das Kind legte sein Bündel mit vorsichtigen Bewegungen auf die Stiege, ängstlich besorgt, es nicht zu wecken oder zu erschrecken.

„Wie forschtlich du das hinlegst,“ sagte der Mann. „Hast du Angst daß deine Lumpen zerbrechen? So ein Zeugnis! Um diese Zeit treibt der Schnee auf der Straße herum! Wer bist du? Antworte. Nein, nein, ich verbeide dir zu antworten. Erst das Nötigste: du frierst, wärme dich.“

Und er schob ihn an beiden Schultern zum Ofen hin.

„Bist du auch ordentlich nah! Bist du auch ordentlich durchfroren! Kommt man denn so in

anfändige Häuser herein? Worsch, zieh mal all die verkauften Lumpen aus, du Bösewicht!“

Und mit feberhafter Schnelligkeit riß er ihm mit der einen Hand die Lumpen vom Leibe, die wie Funder zerfielen und langte mit der anderen ein Männerhemd und eine wollene gestrickte Jacke vom Nagel.

„Da hast du was zum Anziehen.“

Aus einem Haufen suchte er einen Wollschon heraus und vor dem Fenster riß er damit die Glieder des halb ohnmächtigen Kindes, das kaum wachte, wie ihm geschah; aber in diesem Augenblick, nackt und heiß, wie es war, glaubte es im Himmel zu sein. Nachdem der Mann ihm die Glieder gerieben hatte, trocknete er ihm die Füße.

„Na, du kleines Gerippe du, hast du nichts erfroren. Zieh dich wieder an.“

Das Kind schlüpfte in das Hemd, und der Mann krochte ihm die Strickjacke über.

„Und nun...“

Wie dem Fuß hob der Mann den Schmel weg, hieß mit einem Klippstoß den kleinen Jungen niedersinken und zeigte auf den Kopf, der auf dem Ofen dampfte. In diesem Kopf erblickte das Kind den Himmel zum zweiten Male — nämlich eine Karthoffel mit Speck.

„Wach dich nur richtig drüber her.“

Der Hunger war doch größer als die Verblüffung. Das arme Wesen verschlang die Speise gerobert. Der Mann braunnte: „Das ist ja nicht mehr Appetit, das ist Heißhunger,“ murmelte Urfus. „Der hat ja die Tollwut im Leibe. Wer weiß? Vielleicht hat er die Pest. Hast du die Pest, Teufelsbrutche? Wenn er Homo anstecken würde! Nein, zum Ausdud! Krepiere mag das Volk, aber mein Wolf soll mir nicht sterben. Zum Donnerwetter, ich habe selber Hunger. Da muß mir dieses gefräßige Krotobil ins Haus stolpern. Na gut, halbhart. Er kriegt das Brot, die Karthoffel und den Speck, aber ich kriegen die Milch!“

In diesem Augenblick klang ein langer klägliches Schrei durch die Hütte. Der Mann spitzte die Ohren.

„Jetzt schreit er gar, der Spitzbube! Warum schreiest du denn?“

Der Junge drehte sich um; es war klar, daß er nicht schrie — er lachte mit vollem Munde.

Der Schrei brach nicht ab.

Der Mann trat zur Kiste.

„Also das Bündel plarrt einem die Ohren voll. Heißiger Windham! Das Bündel schreit! Was hat es denn zu krächzen, dein Paket?“

Er widelte den Matrosensack los. Der Kopf eines Kindes kam zum Vorschein, und schrie mit offenem Munde.

„Nun, wer da?“ sagte der Mann. „Was ist denn das. Noch eins! Hörst du denn gar nicht auf? Was bringst du mir denn da, du Schuft? Du siehst doch, daß sie Durst hat. Trinken muß sie. Schön. Da komme ich auch noch um meine Milch.“

Von einem Haufen Zeug auf einem Brett nahm er eine aufgerollte Binde, einen Schwamm und eine Flasche; dabei murmelte er während:

„Verdammte Gegend!“

„Dann sah er sich die Kleine an.“

„Ein Mädel! Das kennt man schon am Wärdern. Durst und durch naß ist sie auch.“

Er riß ihr die Lumpen ab, in die sie mehr eingeknotet als gekleidet war, und widelte sie in einen ärmlichen, aber sauberen trockenen Fetzen grober Leinwand. Diese Jahre der Behandlung empörte das kleine Mädelchen.

„Die magst ja nicht schlecht,“ sagte der Mann.

Mit den Zähnen biß er ein längliches Stück von dem Schwamm los, riß von der Binde ein Stück Leinwand ab, zog einen Faden heraus, nahm den Milchtopf vom Ofen, füllte Milch in

die Flasche, steckte den Schwamm zur Hälfte in den Flaschenhals und legte die Leinwand darüber; diesen Pfropfen umwickelte er mit dem Faden und band ihn fest. Dann führte er die Flasche an die Waage, um zu fühlen, ob sie nicht zu heiß sei, und nahm das verdächtige schreiende Bündel unter den linken Arm.

„Vorwärts, jetzt wird zu Abend gegessen, du kleines Geschöpf; da, nimm die Zige.“

Und er steckte ihr den Hals der Flasche in den Mund.

Die Kleine trank gierig.

Unteressen hatte der Junge die Gabel hingelegt. Darüber, daß er die Kleine trinken sah, vergah er selber das Essen.

„So ist doch,“ für ihn Urfus an.

„Und Ihr?“ sagte das Kind, an allen Gliedern zitternd; ein Träne stand ihm im Auge. „Ihr eßt nichts?“

„Wirst du wohl alles aufessen, du Teufelsbrut? Für dich wird's nicht zu viel sein, denn für mich ward's nicht genug.“

Das Kind nahm die Gabel wieder zur Hand, aber es aß nicht.

„H“, schrie Urfus, „oder ich werf dich zur Tür hinaus, dich und dein albernes Mädel!“

Auf diese Drohung hin fing der Junge wieder an zu essen. Viel hatte er nicht mehr zu tun, um alles aus dem Napf verschwinden zu lassen.

Der Säugling, den er trotz seiner wütenden Worte all die Zeit über sehr behutsam in den Armen gehalten hatte, schloß träumerisch die Augen — ein Zeichen der Sättigung. Urfus hob die Flasche prüfend in die Höhe und zankte: „Alles hat sie getrunken — so eine Frechheit!“

(Fortsetzung folgt.)

Ausführungen Steibruns polemisierte und denn die Begründungen für die Agrarier scharf kritisierte.

Von deutscher Seite sprechen u. a. Wagner (Deutschnational), der erklärt, seine Partei könne der gestrigen Erklärung der deutschen Regierungsparteien nicht zustimmen, weil sie nach allen Schlägen, welche bisher dem Deutschtum versetzt wurden, keineswegs die behauptete ruhige Entwicklung abwarten könne.

Der Kommunist Wünsche konnte die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, geistige und geistlich unbegründete Ausfälle gegen unsere Partei zu unternehmen. Er suchte sich darüber lustig zu machen, als ob wir uns zu Schützern der tschechischen Verfassung aufgeworfen hätten. Er machte allerhand unliebsame Zwischenrufe wie „Lüge“ und „Fälschung“ einstecken; namentlich Genosse Sadenberg protestierte in höchster Entrüstung gegen diese bewussten Unerschönlungen.

Gegen Schluss der Debatte sprach noch der tschechische Nationalsozialist David, der erklärte, bei dieser Vorlage sei nicht das Gedeihen der Armee, sondern die parteipolitische Geschäftshaberei der Regierungsmehrheit entscheidend gewesen. Wenn die Krone neun Jahre ohne Erbschafterbe bestand, so könne das auch weiter so bleiben. Roudelka (tschech. Soz. Dem.) erklärte, daß die Vorlage die ideale Grundlage der Armee zerstöre, die auf der Gleichheit aller Staatsbürger beruhe.

Gegen 7 Uhr abends war die Debatte beendet und der Referent Pekarik hielt das Schlusswort. In dem Bestreben, nur ja recht schneidig gegen die Opposition aufzutreten, brachte er in sein Schlusswort einen arroganten Ton hinein, der von der Opposition natürlich nicht ruhig hingenommen wurde und Anlaß zu größeren Protesten gab. Namentlich die Ausführungen des Genossen Heeger hatten es ihm angetan und so legte er gegen unsere Partei mit dem größten Geschicklos: Wir wären in der Theorie gegen alle Kränkungen, aber in der Praxis läßt es sich anders aus. Zum Beweis mußte der 4. August 1914 herhalten. In Oesterreich hätten die Sozialdemokraten die Annahme des Kabinettskontingentes dadurch ermöglicht, daß sie sich aus dem Sitzungslokal entfernten hätten!

Unsere Genossen lassen sich diese Kühnen Behauptungen nicht gefallen und es prasselte ein ganzer Hagel von Zwischenrufen auf den Referenten nieder, der sich immer mehr hineinredete. Die Genossen Dr. Czech, Sadenberg und Ranaun stellen sich vor der Ministerbank auf und rufen ihm unaufhörlich zu, er solle sagen, wann sich diese Begebenheit denn abgespielt habe. Nach einigem Herumreden apostrophierte Belare direkt den Genossen Dr. Czech und rief ihm zu: „Sie sind der Initiator gewesen!“ Daraufhin ruft Genosse Dr. Czech unter allgemeiner Beifall: „Ich war ja gar nicht im österreichischen Parlament!“

Da mischt sich ein anderer Regierungsparteiler hinein: „Dann haben Sie das eben zu Hause gemacht!“ Neuerliche stürmische Beifälle, wobei Polen konstatiert, daß Genosse Czech das anscheinend zu Hause im Reklor gemacht haben müsse.

Auch gegen die tschechischen Sozialdemokraten wird Belare ausfällig und provoziert dadurch einen neuen minutenlangen Entrüstungsaustruch.

Bei der folgenden

Abstimmung

wurden zunächst eine Reihe formaler Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung, beziehungsweise Rückverweisung an die Ausschüsse abgelehnt und in einer ganzen Reihe von Abstimmungen das Gesetz in der Ausschlußfassung angenommen.

Ein Stimmzählungsergebnis ergab die nicht gerade überwältigende Mehrheit von 123 gegen 94 Stimmen. Mit der Erledigung einer Reihe von Minoritätsfällen wurde der Rest der Sitzung ausgefüllt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 5. April, um 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht der Staatsrechnungsschluß für 1924.

Budgetauschuh.

Im Budgetauschuh wurde die Debatte über die Kapitel Grund- und Erwerbsteuer des Steuerreformentwurfes fortgesetzt. Als erster kam Abg. Dr. Kojise zu Wort, der vor der Sitzung eine Anzahl Uebersichtstabellen an der Wand des Sitzungssaales angebracht hatte, die er als Belege für seine Ausführungen benützte.

Nach dem Abgeordneten Dr. Patejdi sprach für unseren Klub Genosse Kaufmann, der darauf verwies, daß es immer schon das Bestreben der Herrschenden im Staate war, die Steuerlasten auf die Schultern der Beherrschten abzuwälzen. Mit dem Entstehen des bürgerlichen Industriestaates, wurde die Steuerpolitik zu einem Kampfobjekt zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Kleinbürgerliche Demokratie verlangte die Besteuerung aller Klassen später sogar eine allgemeine und gleiche Einkommensteuer. Trotzdem ist das Ziel des Bürgerturns: für sich Steuerfreiheit, durch Ueberwälzung der Steuern auf das Proletariat.

Redner wies bei der Behandlung einzelner Details des Entwurfes nach, daß die indirekten Steuern seit 1919 um das Vierfache gestiegen sind, und daß 1924 die direkten Steuern 25,6 Prozent, die indirekten aber 74,4 Prozent betragen. 1927 entfallen von den nicht ganz zehn Milliarden Einnahmen des Staates 6 Milliarden, also 60 Prozent, auf die indirekten Steuern. Die drückendsten Steuern, wie die Umsatzsteuer usw. bleiben. Die Grundsteuer, die hauptsächlich die Landwirtschaft belastet, ist aber im Verhältnis zum Katastralreinertrag sogar gesunken! Die auf erarbeiteten Lohn oder Arbeitswert angewiesenen Steuerpflichtigen werden dafür noch mehr belastet. Die kleinen Steuerzahler, Arbeiter, Kleinbauern und sonstigen kleinen Erwerbseinkünfte, sollten möglichst von den für sie unerträglichen Lasten befreit werden und vor allem von Ertragssteuern befreit bleiben. Unsere Fraktion wird die in letzter Stunde im engeren Kreis vorgenommenen Änderungen genauest prüfen und entsprechende Abänderungsanträge stellen.

Hierauf wurde die Sitzung um halb 1 Uhr mittag unterbrochen und auf Freitag 9 Uhr vormittag vertagt.

Genat.

Beginn der Debatte über die Bauvorlage.

In der gestrigen Senatsitzung begann nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen die Debatte über die vom Abgeordnetenrat beschlossene Bauvorlage, die geradezu das Ende der staatlichen Bauförderung und die Vorbereitung des Abbaues des Mieterschutzes durch die Bürgerregierung bedeutet.

Der Berichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses Sen. Dr. Havelka beschränkte sich auf eine Inhaltsangabe des Entwurfes. Der Berichterstatter des Budgetausschusses Sen. Ing. Verfa glaubt aus der bestehenden Wohnungsnot den Schluss ziehen zu können, daß nur die freie Konkurrenz wieder normale Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt herstellen kann. Deshalb müsse das in Dauer gesteckte Kapital so verzinst werden, daß es sich rentiere, Häuser zu bauen. Woher die Leute das Geld nehmen sollen, um die Zinsen zu

bezahlen, welche das Kapital anlocken sollen, darüber zerbricht sich der Herr Senator nicht den Kopf.

Sen. Louzil (Komm.) erklärt, daß die Wohnungsnot heute ärger sei als 1919. In Prag allein fehlen 39.000 Wohnungen, um die Nachfrage zu decken. Redner verweist auf die Bauförderung der Gemeinde Wien, die allein 30.000 Wohnungen gebaut habe.

Sen. Dr. Kobalik (slav. Alex.) schildert in echt jesuitischer Weise die gesundheitslichen Gefahren der Wohnungsnot, obzwar keine Partei an der fast völligen Beseitigung der Bauförderung mitschuldig ist.

Senatorin Reichstädter (tsch. Soz.) gibt eine Darstellung der traurigen Wohnungsverhältnisse in den Prager Waggonsolonien. Wenn die bürgerlichen Parteien nichts tun wollen, um die Wohnungsfrage zu beheben, dann werde die Wohnungsfrage von der Tagesordnung nicht verschwinden.

Sen. Mubratel (tsch. Soz. Dem.) weist nach, daß der Mieterschutz kein Hindernis der privaten

Kauferei um Kohleneinfuhrscheine.

Bund der Landwirte gegen Agrarbank. - Extraprofite für die Banken, Arbeitslosigkeit für die Bergarbeiter.

Wir haben jüngst darüber berichtet, daß bei Verhandlungen, die seitens der Agrarbank mit Vertretern der polnischen Kohlengruben in Berlin geführt wurden, die tschechoslowakischen Unterhändler den Polen den Vorschlag einer Erhöhung des Einfuhrkontingents polnischer Kohle gemacht haben. Diese Menge polnischer Kohle, die eingeführt werden kann, ist im Handelsvertrag mit Polen festgelegt und jede Erhöhung muß natürlich vom Parlament genehmigt werden. Es ist also einfach eines konstitutionellen Staates unwürdig, wenn sich Funktionäre anmaßen, den Vertretern eines fremden Staates vertragliche Konzessionen zuzufügen. Das haben wir schon früherzeit, als wir die bezügliche Nachricht übernahmen, festgestellt. Da aber die Nachricht selbst demontiert wurde, wollen wir heute mitteilen, daß die Tschechische Agrarbank mit der Deutschen Agrarbank über die Bildung eines Syndikates, das entweder alle oder nur die neuen auf 10.000 Tonnen lautenden Einfuhrscheine,

um die das Kontingent erhöht werden soll, tatsächlich verhandelt hat. Diese Verhandlungen haben sich geschlossen und zwar war es — der „Bund der Landwirte“, der das Zustandekommen des Kontingents verhindert hat. Der „Bund der Landwirte“ gönnt nämlich der „Deutschen Agrarbank“ den leiten Hapfen nicht und schiebt nun die von ihm weit mehr abhängige „Deutsche Landbank“ in Tetschen vor, die das Geschäft unmittelbar für die Herren deutschen Agrarier machen soll.

Diese ganzen Verhandlungen aber spielen sich nirgendwo anders ab als auf dem Rücken der Bergarbeiter. 10.000 Tonnen Mehreinfuhr an polnischer Kohle, das sind tausend Waggons, werden Krise und Arbeitslosigkeit im tschechoslowakischen Kohlenbergbau noch verschärfen. Hunger und Elend für die Bergarbeiter, Extraprofite für Banken und politische Parteien, das ist die Kohlenpolitik der jetzigen Machthaber.

Aus der tschechischen Häuslichkeit.

Der Führer „Nova Doba“ ist ein vertrauliches Zirkular der Zentrale der tschechoslowakischen Faschisten in die Hand gefallen, aus welchem die völlige Zerfahrenheit in den faschistischen Reihen hervorgeht. Das Zirkular lautet:

Tschachoslowakische Faschisten-Zentrale.

Prag III., Chorobova 18/I.

Brüder und Schwestern!

Vieles haben wir gemeinsam für die Fehung des nationalen Bewußtseins getan und noch viel mehr hätte getan werden können. Die Hände gemeinsamer Intriganten arbeiteten so lange, bis es ihnen gelang, die einheitliche faschistische Bewegung zu zerbrechen. Die Schuldtragenden der Zerriegung sind Leute, welche alle möglichen politischen Parteien durchlaufen, nirgend ein persönliches Ziel erreicht und bestreben die faschistische Bewegung als die Leiter betrautet haben, auf der sie zur Erreichung ihrer Ziele und zur Befestigung persönlicher Eitelkeiten krieden können. Wehin verstand der Geldfonds des geheimen Direktiums? Wohin haben einige das für die faschistische Partei bestimmte Geld gegeben?

Wer bezahlt alle die Parolen, über die schon die unteilfähige Oeffentlichkeit lacht? Wer bezahlt den Soufen von Personal in der Zentrale, das nichts zu tun und wo einer dem anderen im Wege steht? Warum erhöhte die faschistische Partei die Beiträge um volle 100 Prozent auch Studenten und Arbeitern, wenn sie auf der anderen Seite Geld für Mosklerden und Paraden hinauswirft? Wer hat an verantwortliche Stellen Leute gesetzt, die im Irrenhaus waren, damit sie nicht ins Gefängnis müssen und welche wegen Betruges und anderen Delikten im Gefängnis waren? So wurde aus der nationalen Faschistengemeinde durch das Verdienst einiger Streber eine politische Partei. Das ursprünglich reine faschistische Ideal wurde von politischen Marodeuren betrorfen und mit Hufen getreten. Darum rufen wir an die Adresse aller ehrlichen Faschisten: Heraus aus der nationalen Faschistengemeinde, welche dem Faschismus, der über den Parteien stehen soll, untreu geworden ist. Reite sich wer kann, damit er nicht an der nationalen Schuld teilnehme, sondern die politischen Faschisten die Schuld haben.

Zu diesem Herzenserguß der faschistischen Zentrale, die eine glänzende Selbstcharakteristik der faschistischen Bewegung enthält, braucht kein Wort der Kritik hinzugefügt werden.

Der Lachs meines Urgroßvaters.

Von Zvatopluk Cech.*

Aus dem Tschechischen von J. Reismann.

Mein Urgroßvater, seinerzeit erster Schreiber auf dem Herrschaftsgute S. in Nordwestböhmen, trat am 31. März des Jahres 1792 in das Amtshaus seines Prinzipals, des Herrn Direktors — er war den Tag vorher zum Verwalter des benachbarten Gutes ernannt worden — und brachte mit stotternder Rede die untertänigste Bitte um die Hand seiner Tochter, des Fräuleins Antonie, vor.

Der alte Herr zog die Augenbrauen empor und blickte streng auf den Bittsteller, doch ließ irgend ein lächler Schimmer in seinem Angesichte verraten, daß jenes Geuch für ihn weder über-rendend kam, noch sonst unangenehm war.

„Ei, ei, ei!“ rief er in gemachter Verwunderung. „Wir haben also zweifellos schon mit Antonie ein Liebesverhältnis angeknüpft, ohne daß der Vater davon eine Ahnung hatte. Oh, oh, die heutige Jugend! Oh, diese neuzeitigen, romanischen Romane! ... Und so rächt! Wir haben also bloß auf die Verwalterkassette gewartet, damit wir uns ins eheliche Reich einspannen können! — Aber vielleicht wird mir democh verpaßt werden, betreffs dieser Sache eine Nacht zu überdauern und morgen — morgen —“

Er verknümmte und überlegte. Sein Gesicht hatte sich vollkommen aufgehheitert. Um seine Lip-

pen spielte ein fröhliches Lächeln. Er erinnerte sich, daß morgen der erste April wäre. Diesen Tag widmete er einem alten Gebrauche gemäß ausschließlich seiner Belustigung, auf Kosten der Mitglieder seiner Familie, seiner Schreiber und des Schloßgärtners. Vom frühen Morgen an eilten stets am ersten April Boten vom Schlosse nach allen Richtungen, in die nähere und entferntere Umgebung, um die verschiedenartigsten, unumgänglichsten Dinge, um wenn sie erschöpft, mit verlegten grünelndem Gesichte zum Rapport zurückzukehren, lachte der alte Herr, daß ihm die heißen Tränen über die Waden stießen und die Perücke am Kopfe wackelte.

Als er nach einem Weilschen aufschaute, lag er auf dem Gesichte meines Urgroßvaters, daß dieser seine Gedanken erraten hatte, und deshalb sagte er ganz ohne Umschweife: „Nun ja, morgen ist der erste Aprils und dieser Tag eignet sich nicht für derartioe ernste Angelegenheiten. Uebrigens eilt die Sache überhaupt nicht. Antonie wird im Mai erst 19 Jahre alt, sie hat also zum Heiraten noch genügend Zeit. Wenn sich die Umstände nicht ändern, so in zwei, drei Jahren —“

So ein Aufschub machte meinem Urgroßvater aber ganz und gar nicht. Er wagte es, auf die Glühwärme seiner Liebe hinzuweisen, und auf die brennende Sehnsucht, die er schon an die zwei Jahre im Versteck seiner Brust herumtrug.

Doch der Direktor sprach mit einem Nachdruck, der von der Unbegreiflichkeit seines Willens zeugte: „Ich habe gesprochen und damit basta! Wenn die Pläne unserer Liebesglut so mächtig ist, wie wir behaupten, wird sie auch die zwei Jahre noch überdauern. Uebrigens.“ fügte er nach einem Weilschen Ueberlegen mit schelmischem Lächeln hinzu, „der Herr möchte die Hand seiner Auserwählten nur so spielend erringen. In frühe-

ren Zeiten mußten sich die Ritter solche Preise in schweren Prüfungen und durch kühne Heldentaten erringen. ... Nun weiß ich wohl, daß die gegenwärtigen Herrchen nicht mit Lanze und Schwert umzugehen wissen, und daß sie nur mit ihrem Geiste glänzen. Jahr für Jahr habe ich den Herrn am ersten April angeführt, wie ich nur wollte, nun denn, versuche Er es jetzt einmal, ob Er mir mir gewachsen ist. Gehingt es Ihm, dann wollen wir gleich morgen die Verlobung feiern, und so Gott will, binnen kurzem auch die Hochzeit.“

„Aber wie sollte ich mich denn unterziehen —“ „Ich erteile hiesu dem Herrn hiermit die regelrechte Vollmacht. Einmal möge es der Herr morgen versuchen — aber notabene: nur ein einziges Mal. Sollte Ihm wider alles Erwarten dieser Versuch gelingen, so werde ich mein Wort halten. Punktum.“ —

Am anderen Tag in der Früh sah der alte Herr ohne Verücke, im Schlafrode hinterm Tische, auf welchen Fräulein Antonie eine geblümte Schale voll Schokolade stellte. Da ließ sich zaghaftes Klopfen an der Türe vernehmen und nach einem mürrischen „Herein“ des Herrn Direktors huschte der edige Förstner mit einer tiefen Verbeugung ins Zimmer.

„Was gib's denn so zeitlich?“ witterte der alte Herr auf ihn los.

„Ich bitte ergebenst, gnädiger Herr, es ist vom Herrn Förstner ein Boie mit einem Lachs angekommen.“

„Mit einem Lachs? Mit was für einen Lachs denn?“

„Ich bitte ergebenst, mit einem Lachs. Er hat ihn in der Kandelei dem hochgeehrten Herrn (so lautete die Titulatur meines Urgroßvaters) abgeliefert und dieser beliebe mich hieher zu entsenden.

dann ich es dem gnädigen Herrn mitteile.“

„Ah, ah! Also der hochgeehrte Herr hat ihn hieher gelandt. Seht euch einmal an — ah!“ Da alte Herr stand auf und indem er dem Förstner scharf in die Augen blickte, fragte er streng: „Und haben wir ihn gesehen, ich meine diesen Lachs?“ (Der Direktor liebte es, jeden in der ersten Person pluralis anzusprechen.)

„Ich selbst habe ihn nicht gesehen. Aber der hochgeehrte Herr äußerte sich, daß es geradezu ein Riesenfisch sei, und daß er zusehens seinen so großen Lachs gesehen hätte.“

„Und ich habe noch zeilsbens keinen so großen Dummkopf gesehen wie wir einer sind — verstehen wir?“ schrie der alte Herr den Förstner an. „Und dem Herrn Verwalter wollten wir bestellen, daß ich ihn diesen ganzen Lachs als Präsent überlasse, und ihm dazu einen guten Apetit wünsche. — Nun, was gaffen wir denn da noch, heba!“

Nachdem der erstauente Förstner weggegangen war, rief sich der alte Herr die Hände und lächelte zufrieden, wobei er vor sich hindrömmte: „Mit so etwas will er mir kommen! Wenn keine Liebe so groß ist, wie sein Mütterwih, so wird Antonie nicht gerade einen bedeutenden Treffer gemacht haben. Sahaha! Einen Lachs! Wie läme denn unser Förstner zu einem Lachs! Vielleicht hat er ihn in unseren Pfützen gefangen! — Aber gut ist es so! Antonie ist ohnedies zum Heiraten viel zu jung.“

„Höre, Antonie.“ wandte er sich an die, „bring mir die Sonntagsperücke und den Rock; ich werde der Amtshandlung beiwohnen.“

Wie man sieht, hatte der Lachs meines Urgroßvaters wenig Glück. Und leider folgte noch eine schlimmere Sache. Als Antonie aus dem Zimmer weggegangen war, schritt der alte Herr in den Zimmern auf und ab und dachte sich, daß mein Urgroßvater heute seinen Untergebenen bei der

* (1816—1908), einer der größten Dichter der Tschechen, Humorist, mit stark national-sozialer Tendenz.

Umfangreiche Diebstahlfälle wurden, dem Berliner Tageblatt zufolge, bei einer großen Leipziger Verlagsbuchhandlung aufgedeckt. Es handelt sich um mehrere 1000 Bücher, die von Angestellten des Verlages gestohlen wurden.

Ein großer Pelzwarendiebstahl, bei dem Ende voriger Woche in einer Kaufwarenhandlung in Berlin für 50.000 Mark kostbare Felle gestohlen wurden, ist jetzt aufgeklärt worden.

Speichermafal. Führende Bürger des Dorortes Saffers bei der dänischen Stadt Aalborg haben bei der Stadtverwaltung Einspruch gegen die Verlegung einer Konfektionsfabrik in ihre Gemeinde erhoben.

Volkswirtschaft.

Gegen die Erzeugung von Schmirgelware.

Die Abgeordneten Roscher, Schäfer und Genossen haben Mittwoch an die Minister für Handel und für soziale Fürsorge folgende Interpellation wegen Maßnahmen gegen den Niedergang der Glasindustrie des Gablonz-Tannwalder Gebietes gerichtet:

Die Glasindustrie des Gablonz-Tannwalder Gebietes leidet seit vielen Jahren unter einer schweren Krise, die einen ständigen Rückgang der Arbeiterzahl in den Betrieben dieser Industrie und ein unbeschreibliches Elend der Glasarbeiter zur Folge hat.

Es liegt daher die Erzeugung der Schmirgelware nicht im Interesse der Glasindustrie, für die Arbeiterschaft aber bedeutet sie eine unerträgliche Verschärfung ihres Elendes.

Das Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe hat dieser Entwicklung bisher nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet, vielmehr hat noch vor wenigen Wochen ein Vertreter dieses Ministeriums auf einer Enquete erklärt, daß ein Anlaß zum Eingreifen nicht vorliegt.

Wir fragen daher die Herren Minister:

- 1. Welche Maßnahmen gedenken sie zu treffen, um der Notlage der Glasarbeiter im Gablonz-Tannwalder Revier abzuhelfen und die Glasindustrie dieses Gebietes zu fördern?
- 2. Sind sie insbesondere bereit, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Erzeugung der Schmirgelware verhindert wird?

Ist der kaalthe Lebenshaltungsindex richtig?

Im Verlaufe der nordböhmisches Lohnbewegung wurde, wie der „Textilarbeiter“ erzählt, in den Verhandlungen die Lohnforderung mit der steigenden Teuerung begründet und den Unternehmern die Großhandelspreise der wichtigsten Ernährungsprodukte, sowie auch die ansteigenden Indexzahlen der Kleinhandelspreise für Lebensmittel vorgehalten.

Kun wissen wir, worauf sich die Unternehmensekretäre stützen: Auf den Vergleich der vom Statistischen Staatsamt in Prag veröffentlichten, gewogenen Indexzahlen von damals und heute.

Art der Indexberechnung nicht ist, sondern, daß einfach die Preise aller Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel registriert und daraus die Indexzahlen errechnet werden sollen.

Der zweite Fehler der Indexzahlen des Statistischen Staatsamtes ist der, daß die Aufzeichnungen des Verbandes der Köpfigen Arbeiterfamilie von einer Familie in Prag geführt werden.

Auf Seite 27 finden wir beispielsweise folgende Preisunterschiede zwischen Prag und Reichenberg:

Im Jänner 1927:

Artikel	Gewicht	Prag	Reichenberg	Differenz
Weizenbrotmehl	1 Kilo	4.20	4.40	0.20
Weizenbrotmehl	1 Kilo	3.80	4.00	0.20
Rindfleisch (vord.)	1 Kilo	14.00	17.00	3.00
Rindfleisch (hint.)	1 Kilo	16.00	19.00	3.00
Schweinefleisch	1 Kilo	14.00	16.00	2.00
Schafffleisch	1 Kilo	14.00	16.00	2.00
Rauchfleisch	1 Kilo	16.00	18.00	2.00
Schweinefleisch (roh)	1 Kilo	16.00	22.00	6.00
Schweinefleisch	1 Kilo	20.00	24.00	4.00
Rohschinken	1 Kilo	26.00	30.00	4.00
Erbsen	1 Kilo	5.60	6.00	0.40
Möhren	1 Kilo	1.50	1.80	0.30
Bier	1 Liter	2.40	3.00	0.60
Steinbock	100 Kilo	32.00	42.00	10.00
Braunkohle	100 Kilo	20.00	33.00	13.00
Petrokum	1 Liter	1.90	2.00	0.10
Leuchtgas	1 Kubm.	1.70	2.00	0.30
Elektrisches Licht	1 Kwhst.	3.00	3.60	0.60
Seife	1 Kilo	7.50	8.00	0.50

Schon bei diesen 19 Artikeln muß der Reichenberger Arbeiter Ks 51.20 mehr bezahlen als der Prager Arbeiter. Aus diesem Grunde können für Nordböhmen die Indexzahlen des Staatsamtes nicht in Betracht kommen.

Die „Union der Textilarbeiter“ führt daher eine eigene Indexberechnung schon seit Jahren durch. Dieser Index ist aufgebaut aus den vom Reichenberger Magistrat erhobenen Kleinhandelspreisen. Dabei muß bemerkt werden, daß die Stadt Reichenberg gegenüber Reichenberg-Band und dem Gablonz-Tannwalder Gebiet, sowie Warnsdorf-Rumburg immer noch billigere Lebensmittelpreise aufzuweisen hat, so daß der errechnete Index eigentlich eher zu niedrig als zu hoch angesehen werden kann.

Und nun können wir aus dem Reichenberger Index folgendes feststellen: Der Lebensmittel-Index im Monat März 1925 stand auf 1080, im Februar 1927 steht der Lebensmittel-Index auf 1146, ist also um 66 Punkte gegen 1925 gestiegen.

Nebrigens weist auch der vom Staatsamt ausgewiesene Index der fünfköpfigen Prager Familie ebenfalls eine Steigerung vom Jänner 1925 bis Jänner 1927 um 26 Punkte auf. (1925 = 715, 1927 = 741).

Als nächster, für die Arbeiterschaft zu betrachtender Faktor, der sehr stark die Lebenshaltung derselben niederdrücken wird, sind die Auswirkungen der von der deutsch-tschechischen Regierungskoalition beschlossenen Zölle. So ist — um einige Ziffern zu nennen — Weizen von K 198.99 im März 1926 auf K 239.99 im Jänner 1927 gestiegen; Korn ist in derselben Zeit von K 122.82 auf K 211.70, Gerste von K 144.22 auf K 184.04 gestiegen.

Dies äußert sich schon sehr stark in den Großhandelspreisen für Nahrungsmittel. Die Indexzahl der Großhandelspreise stand im März 1926

auf 831 und ist im Jänner 1927 auf 951 gestiegen. Dabei haben sich die Großhandelspreise im Kleinhandel noch nicht vollständig ausgewirkt, da die Indexzahl der Kleinhandelspreise im Jänner 1927 auf 914 steht, also niedriger als die Indexzahl der Großhandelspreise.

Angesichts all dieser Tatsachen kann man

Gerichtssaal.

Prozeß um ein abgehacktes Bein.

Der Sensationsprozeß Marek in Wien.

Am 13. Juni vorigen Jahres ereignete sich in Mödling bei Wien ein Unfall, der bald die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit auf sich lenkte. Der Privatingenieur Marek hatte sich bei der Bearbeitung eines harten Holzstückes, aus dem er eine Puppe herausarbeiten wollte, derart tief ins linke Bein gehackt, daß ihm dieses im Krankenhaus amputiert werden mußte.

Marek selbst stellt die Sache so dar: Er plante ein großzügiges Unternehmen, die Gründung einer bürgerländischen Elektrizitätsgesellschaft. Um an die Spitze der Gesellschaft treten zu können, mußte Marek eine finanzielle Sicherstellung bieten. Da er verheiratet und vermögenslos war, suchte er Verbindung mit der Danubian-Blond Versicherungs-Gesellschaft, die eine Garantievericherung mit ihm abschließen sollte, deren Polisse ihm als Kaution gebietet hätte.

Die Versicherungsbeamten sahen, dem Marek zu der Unfallversicherung zugeredet zu haben, sie behaupten vielmehr, sie seien über die Höhe des Betrages erstaunt gewesen. Er habe auch sofort den Schadenersatz gefordert. Daß die Versicherung sich von der Zahlung der hohen Summe drücken will, ist natürlich begrifflich, nun hat aber auch die Staatsanwaltschaft die Sache aufgegriffen und der Prozeß Marek ist zum Strafprozeß großen Stils geworden.

Die Staatsanwaltschaft geht von folgenden Indizien aus: Die Wunde des Marek ist von sechs Werkzeugen untersucht worden, die übereinstimmend erklären, daß nicht ein Schlag geführt wurde, sondern daß mehrere Stöße mit der Hade notwendig waren, um die verschiedenen Wunden zu verursachen. Die Sachverständigen erklären ferner für unwahrscheinlich, daß Marek sich mit der Hade, die er mit der Rechten, allenfalls (er will das nicht mehr wissen) mit beiden Händen geführt hat, einen horizontal geführten Stieb gegen das linke Schienbein durch Zufall bringen konnte.

Ein besonderes Rolle spielt Frau Martha

wohl von einer Einseitigkeit sondergleichen sprechen, wenn die nordböhmisches Industriellen durch ihre Sekretäre jedwede Lohnhöhung der Arbeiterschaft verweigern.

Durch die Zerrissenheit der gewerkschaftlichen Bewegung können sie der Arbeiterschaft diffidieren, da sich dieselbe mangels einer Einheitsorganisation nicht wehren kann.

Marek in diesem Prozeß; die Sensationsblätter in Preßanalle Wiens hat aus der Monogellogten soziales ein „dämonisches Weib“ gemacht, das den Mann mit hypnotischer Macht gefangen hielt.

Marek hat sein Geburtsdatum zu wiederholtenmalen falsch angegeben, er ließ sich einen Wolfbart wachsen, um männlicher auszufehen, scheint also tatsächlich der Typus eines weiblich betonten Mannes zu sein, der gern älter als seine Frau scheinen wollte. All das macht die Sache nur noch geheimnisvoller. Heute könnte niemand sagen, ob Marek tatsächlich einen tragischen Unfall erlitt, der ihn vielleicht noch ins Kriminal bringen soll, ob er mit oder ohne Wissen seiner Frau sich das Bein verletzt hat, ob es eine andere Person mit seinem Einverständnis tat.

Umsio verwunderlicher ist es, daß nicht nur der Staatsanwalt, sondern sichtlich auch der Vorsitzende, und vor allem der Chor der Presse, mit wenigen Ausnahmen, gegen Marek Partei ergreift. Man wählt nicht nur in der schamlosesten Weise im Privatleben der Frau Marek, sondern man nimmt in einigen Blättern, vor allem in der „Stunde“, die Schuld schon geradezu als erwiesen an. Ein journalistischer Gehilfe des Expressers Belesky, bei dem die Wiener Staatsanwaltschaft nicht so fix war, wie bei dem verurteilten Marek, benutzte seine Strohschiffahrt zur Hege in einem laufenden Prozeß. Nichts könnte für die Justizverhältnisse Österreichs bezeichnender sein als die Tatsache, daß zur gleichen Zeit, da der Postminister Ahrer, der den Staat um Millionen gebracht hat, Wien passieren kann, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt, ja ohne daß er nur einernommen wird, die Presse und die Justiz im heißen Streit liegen, einen Menschen „hin-einzulügen“, dessen Schuld oder Unschuld wahrheitsgemäß ewig im Dunkel bleiben werden, der aber auf keinen Fall mehr verurteilt hat als der Herr Minister a. D. Ahrer.

Bezeichnend in diesem Prozeß ist es auch, daß niemand darauf achtete, daß die Versicherungsgesellschaft ein mindestens ebenso großes Interesse hat wie Marek, den Tatbestand einseitig festzulegen. Unlauterkeiten sind nachgewiesenermaßen auch auf Seiten der Versicherungsgesellschaft vorgekommen, ihre Beamten parieren auch im Gerichtssaal sichtlich einer zentralen Leitung, ihre Verteidiger aber benehmen sich geradezu herausfordernd, ohne daß der Vorsitzende ihnen in den Raum siele. Man kann auf den Ausgang des Prozesses gespannt sein, in dem wie selten sonst die Gefahr eines Justizirrtums gegeben ist.

Schäme mich einer Nacht.

Von Walther Victor.

Es gibt Dinge, die schmerzhaft durch unsere Bestimmung fliegen, Stacheln des Gewissens, die schnell durch eine entschlossene Wendung zu anderem wir zu vertreiben gewohnt sind. Wir stecken uns eine Zigarette an und zigen ein ungerühres Gesicht: — es war einmal!

Von dieser Nacht aber will ich sprechen, denn aus ihr blieb ein Stachel zurück.

Der D-Zug verließ die letzte Station. Mehr als zwei Stunden würde es dauern, bis er wieder hielt und den Dampf der engen Abteile mit der frischen Nachtluft auf Minuten zu tauschen erlaubte.

Diese Nächte auf der Bahn liebe ich. Sie lassen die Tage gewonnen sein, in deren Morgenstunden man am Ziel ist, und sie geben ein Schweben über Raum und Zeit, das loslöst vom Zwang der Tage. Sie sind Pausen vor dem Fortgang des ewigen Programms.

Mein Gegenüber hat sich gelegt. Es ist nicht sehr bequem auf diesen Bänken der 3. Klasse, aber das Rattern des Zuges tritt sich wohlnehmend dem ganzen Körper mit und erlaubt leicht jenen Halb-schlaf, der in solcher Nacht schon Erquickung bedeutet.

Der alte Herr hat die Lampe auf seiner Seite verdundelt und den Mantel über sich gedekt. Seine Augen sind offen und in die Leere gerichtet, als warte er, daß auch ich mich zur Ruhe schide. Ich nehme die Einladung an: ein paar Handgriffe an Kopf und Mantel, ein Griff zur Lampe, und ich liege. Vom Gang her dringt ein Lichtstreifen in das Abteil, und durch die staubig braunen Vorhänge flimmert es von wechselndem Licht; Laternen jagen

vorbei, beleuchtete Stationen und der Schein einer mondhellten Nacht.

Einen seltsamen, ruhigen Mid tauschen wir ein wie: Schlafen Sie wohl! — Doch ich habe in dieser Nacht nicht geschlafen!

Es war so:

Ich dachte nichts Arges. War wohl schon voran, am kommenden Tag und bei seinen Geschäften, hatte, zufrieden mit mir und meinen Plänen, abgelaufen davon, dies alles vorzubedenken, und mich auf die Seite gedreht, um ganz zu ruhen, als mein Gegenüber aus einem Auge kurz herüberblitzend meine Gedanken in das Gedächtnis richtete, wo in der Handtasche, die noch offen, Geld und Papiere lagen, die, wenn auch von keinem hohen Wert, für mich doch eben wichtig waren. Eine dumme Einbildung gewann schnell Oberhand: du mußt noch einmal aufstehen und die Tasche verschließen, es ist besser so.

Und ich überlegte einen Vorwand, sagte im Aufstehen: „... doch noch einmal sehen, was Münzen ist.“ halb laut vor mich hin, zog das Schlüsselbund, tat, als hielte ich die Tasche für verschlossen, sah das Kurzbuch nach, schloß ab und legte mich wieder mit dem Gesicht, das, was ich wollte, unauffällig und ohne zu verlegen getan zu haben.

Es gab aber keine Ruhe. Nicht nur Gähnen steck an. Jedes Unternehmen wirkt sich aus, erinnert an Neues, pflanzt sich fort.

Sich halb erhebend, nimmt mein Fahrtenoffe eine Aktentasche vom Reg, legt sie unter dem ihm als Kopfkissen dienenden Kof, richtet sich beides zu recht, als sei ihm das Lager zu niedrig, dreht mir den Rücken und ist schnell, wie zu nun endgültigem Schlaf, erstarrt.

Für mich war das maßlos erregend! Hatte er mein Nichttrauen bemerkt und mit gleichem vergolten? Nein, ich war meiner Geschicklichkeit sicher: er konnte nichts daran gefunden ha-

ben! Aber das Herabholen der Tasche und ihre Unterbringung unter seinem Kopf: war das nicht der vollendete Ausdruck eines Argwohn? Wenn ich ihm wirklich verdächtig war — hätte er es so demonstrativ gezeigt? Sich nicht länger benennen? Und nun doch dieses Sich-umdrehen Mir-den-Rücken-lehren...?

Oder war es anders — wollte er gar mich in Sicherheit wiegen, hatte selbst Absichten und tat, sie verbergend, so, als traue er sie mir zu?

Der Vesper begreift: von Ruhe war hier nicht mehr die Rede. Ich lag da, schaute mich, meine Lage zu verändern, sah hinauf in den abgedämpften Schein der Lampe, war wacher als je und konnte die Augen nicht hindern, hinüberzuweisen zu den anderen.

Einmal trieb der Einfall durch den Kopf, festes Schlafen, ja Schnarchen zu markieren und das Weiter dann zu erwarten, aber eine Furcht, vor mir selbst lächerlich zu werden, tötete ihn auf der Stelle.

So war ich an wirre Gedanken über menschliches Mißtrauen und die ganze Erbarmlichkeit unseres Zeins rettungslos verloren, und erst das Schütteln der Weiden und das Geräusch der Weimlen brachte mit der Einfahrt in die Station Er-lösung.

Ich setzte mich ans Fenster und begann zu rauchen.

Mein Gegenüber stand auf, gähnte, entnahm der Aktentasche ein großes Handbuch und Zeile ließ sie offen — sie war fast leer! — auf dem Platte und ging hinaus.

Ich fühlte, wie Scham mein Gesicht herauftrieb und ging ins Freie.

Das war eine Nacht, in der mich das Leben examinierte. Die schlechte Zensur erteilte ich mir nun selbst.

